Gemeinde Südlohn

Niederschrift über die Sitzung

Gremium: Rat
vom: 21.10.2015

10. Sitzungsperiode / 10. Sitzung

Ort: Großer Sitzungssaal
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 23:19 Uhr

Anwesenheit:

I. Mitglieder:

1. Bürgermeister Herr Christian Vedder
2. Frau Maria Bone-Hedwig
3. Herr Frank Engbers
4. Herr Hermann-Josef Frieling
5. Herr Wilhelm Hövel
6. Herr Heinrich Icking
7. Herr Karlheinz Lüdiger
8. Frau Elisabeth Nienhaus
9. Herr Günter Osterholt
10. Herr Andreas Peek
11. Herr Ingo Plewa
12. Herr Michael Schichel
13. Frau Karin Schmittmann
14. Herr Ludger Rotz
15. Herr Klemens Lüdiger
16. Herr Hans Brüning
17. Frau Rita Penno
18. Frau Barbara Seidensticker-Beining
19. Herr Rolf Stödtke
20. Herr Jörg Schlechter
21. Herr Josef Schleif
22. Herr Maik van de Sand

II. Entschuldigt:

1. Herr Robert Bratus
2. Herr Alois Kahmen
3. Frau Christel Sicking
4. Herr Jörg Battefeld
5. Herr Günter Bergup

III. Verwaltung:

1. AL 10 -Herr Werner Stödtke
2. AL 20 -Herr Martin Wilmers
3. AL 60 -Herr Dirk Vahlmann
4. Schriftführerin Eva Mensing

IV. Gäste

1. Herr Dipl.Ing. Himmel von der ISW zu TOP I.8
Ingenieur Sozietät GmbH, Borken
2. Herr Benning (Prokurist der Kommunalen zu TOP II.2
Dienstleistungsgesellschaft mbH Heiden)

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt die **CDU-Fraktion** einen Antrag zum Thema „Schulorganisation“ ab. Dieser wird im TOP I.7 (neu) behandelt.

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung teilt der **BM** mit, dass der ,TOP I.10 „Fördermöglichkeit Roncalli-Sporthalle“ zu „Investitionsprogramm für die Förderung von Sanierungsmaßnahmen kommunaler Einrichtungen für Sport, Jugend und Kultur“ umbenannt wird.

Die **Grüne Fraktion** stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt aus dem nichtöffentlichen Teil, TOP II.3: „Finanzkonzept zur Verbesserung der Liquidität und zum Schuldenabbau“ in den öffentlichen Teil zu setzen, um die Bürgerinnen und Bürgern hierüber in Kenntnis und ihr ein Signal der Offenheit zu setzen. Die **CDU-Fraktion** stimmt der Grüne Fraktion zu.

TOP II.3 „Finanzkonzept zur Verbesserung der Liquidität und zum Schuldenabbau“ wird TOP I.4. Alle weiteren Tagesordnungspunkte rückend entsprechend auf, im nichtöffentlichen Teil entsprechend nach vorne.

Weitere Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, so dass diese festgestellt wird.

Beschluss: Einstimmig

TOP II.3 „Finanzkonzept zur Verbesserung der Liquidität und zum Schuldenabbau“ wird TOP I.4. Alle weiteren Tagesordnungspunkte rückend entsprechend auf, im nichtöffentlichen Teil entsprechend nach vorne.

I. Öffentlicher Teil:

TOP 1.: Anerkennung der Niederschrift der letzten Sitzung

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 19.08.2015 werden nicht vorgebracht, so dass diese festgestellt wird.

Beschluss: -/-

TOP 2.: Einwohnerfragestunde

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Zur Sitzung sind keine Einwohnerfragen eingegangen.

Beschluss: -/-

TOP 3.: 4. Finanzzwischenbericht 2015 für die Gemeinde Südlohn und ihre Betriebe

Sitzungsvorlage-Nr.: 114/2015

Der **Kämmerer, Herr Wilmers** erläutert die ausführliche Sitzungsvorlage. Fragen seitens der Ratsmitglieder wurden von ihm beantwortet.

Beschluss: Kenntnisnahme

Eine Beschluss erfolgt nicht. Auf die Sitzungsvorlage zu den Haushaltssperren wird verwiesen.

TOP 4.: Finanzkonzept zur Verbesserung der Liquidität und zum Schuldenabbau

Sitzungsvorlage-Nr.: 112/2015

Der **Kämmerer** teilt mit, dass sich die finanzielle Lage der Gemeinde auch in den nächsten Jahren weiter verschlechtern wird. Eine signifikante Besserung ist nicht in Sicht. Ebenso droht die Gefahr, die Ausgleichsrücklage aufzubrechen. Die Liquidität ist Besorgnis erregend. Für den Schuldenabbau (Tilgungen) müssen derzeit Kassenkredite aufgenommen werden und dies kann nach Ansicht des Kämmerers auf Dauer nicht gut gehen.

Er verweist auf das der Sitzungsvorlage beigefügte Finanzkonzept und erläutert eingehend die einzelnen Möglichkeiten. Dabei ist das Konzept nicht als abschließend zu betrachten, sondern soll ein Denkanstoß für die kommenden Haushaltsplanberatungen sein.

Die **CDU-Fraktion** ist der Meinung, dass diese Situation mit den Wünschen aus der Bürgerschaft und auf Vereinesebene kollidiert. Der Rat sei gefordert, ganz genau abzuwägen, was getan werden muss.

Hinsichtlich der evtl. Änderung der Kanalbenutzungsgebühr wird die Änderung der Abschreibung auf Wiederbeschaffungszeitwerte nicht für zielführend erachtet. Allenfalls könnte die Veränderung des kalkulatorischen Zinssatzes in den Beratungen diskutiert werden.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, dass investiert werden muss. Eine Erhöhung der Grundsteuer B sollte nach Ansicht der **CDU-Fraktion** vermieden werden. Ein Antrag auf Erhöhung der Grundsteuer A liegt vor. Zudem sollten die Investitionen berücksichtigt werden.

Hierzu teilt der **Kämmerer** mit, dass das Verschieben von Investitionen nicht die Liquidität der Gemeinde verbessert; konsumtive Dinge sollten beachtet werden, nicht der Investivbereich.

Der **Grüne Fraktion** fehlt die Einnahmeverbesserung durch alternative Energien. Häuslebauer würden durch die Maßnahmen des Finanzkonzeptes belastet. Die Fraktion schlägt vor, den Häuslebauern einen Steuererlass für 10 Jahre zu gewähren. Dies sei nicht zulässig, so der Kämmerer.

Nach Ansicht der **UWG-Fraktion** sind die Investitionen sehr wohl zu berücksichtigen, da sie in den kommenden Jahren den Ergebnisplan durch Zinsen und Abschreibungen belasten und die Tilgung die Liquidität verschlechtert.

Die **Grüne Fraktion** fragt nach der Spiralwirkung bei der Anhebung der Grundsteuer B, die vom Kämmerer in einer vorherigen Sitzung angesprochen worden ist. Außerdem bittet sie, eine Anfrage an das Ministerium für Inneres und Kommunales zu stellen, um zu erfahren, welche Aufwandssteuern in NRW bereits eingeführt worden sind.

Anmerkung:

Antwort des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen:

Vor dem Hintergrund Ihrer nachstehenden Anfrage teile ich Ihnen zur Klarstellung mit, dass die kommunale Satzung über eine bislang in Nordrhein-Westfalen nicht erhobene Steuer gemäß § 2 Absatz 2 Kommunalabgabengesetz NRW der gemeinsamen Genehmigung des MIK NRW und des FM NRW bedarf. Mit dem Genehmigungsvorbehalt übt das Land nicht nur Rechtskontrolle aus, sondern es kann auch eigene, zum Beispiel finanz- und ordnungspolitische Zielvorstellungen verfolgen.

Die bisher in NRW genehmigten kommunalen Aufwandsteuern sind nachfolgend aufgeführt:

- Hundesteuer
- Zweitwohnungssteuer einschl. sog. "Campingwagensteuer"
- Kulturförderabgabe (auch Übernachtungssteuer oder "Bettensteuer" genannt)
- Vergnügungssteuer (insb. Besteuerung von Geldspielgeräten)
- Vergnügungssteuer auf sexuelle Handlungen
- Wettbürosteuer

Beschluss: **Kenntnisnahme**

TOP 5.: Haushaltssperren 2015

Sitzungsvorlage-Nr.: 97/2015

Fragen hierzu wurden von **dem Kämmerer, Herrn Wilmers**, beantwortet.

Beschluss: **Kenntnisnahme**

Die obigen Sperrvermerke des Kämmerers werden zur Kenntnis genommen.

TOP 6.: Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2015 für den Kultur- und Freizeitbetrieb

Sitzungsvorlage-Nr.: 107/2015

Der Vorsitzende des Betriebsausschusses, **Herr Osterholt** teilt mit, dass der Betriebsausschuss in seiner Sitzung am gleichen Tage einstimmig beschlossen hat, dem Gemeinderat zu empfehlen, nachfolgenden Beschluss zu fassen:

Die in der bisherigen Haushaltssatzung vorgegebene Kreditlinie wird um 600 TEUR auf 1,0 Mio. EUR angehoben. Die Gründe hierfür wurden bereits in der Sitzungsvorlage ausgiebig dargestellt.

Beschluss: **Einstimmig**

Nachtrag zum Wirtschaftsplan

**Kultur- und Freizeitbetrieb der Gemeinde Südlohn
für das Wirtschaftsjahr 2015**

Aufgrund des § 114 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666) in der z.Z. gültigen Fassung in Verbindung mit der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO –Artikel 16 des Gesetzes über ein Neues Kommunales Finanzmanagement für Gemeinde im Land Nordrhein-Westfalen vom 16.11.2004 –GV NRW S. 644, ber. 2005 S. 15) in der z.Z. gültigen Fassung hat der Rat der Gemeinde Südlohn in seiner Sitzung am 21.10.2015 folgenden Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2015 beschlossen:

§ 1

Mit dem Nachtrag zum Wirtschaftsplan werden

	die bisherigen festgesetzten Gesamtbeträge	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Wirtschaftsplanes einschl. Nachträge festgesetzt auf
	EUR	EUR	EUR	EUR
Ergebnisplan				
Erträge	264.620	1.101.080	0	1.365.700
Aufwendungen	266.950	1.071.180	0	1.338.130
Finanzplan				
<u>aus der lfd. Verwaltungstätigkeit</u>				
Einzahlungen	255.620	1.101.080	0	1.356.700
Auszahlungen	185.970	1.071.180	0	1.257.150
<u>aus der Investitionstätigkeit</u>	keine Veränderungen			

aus der Finanzie- rungstätigkeit	keine Veränderun- gen			
-------------------------------------	--------------------------	--	--	--

§ 2

Der bisher festgesetzte Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen wird nicht verändert (verbleibt bei 0 EUR)

§ 3

Der bisher festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird nicht geändert (verbleibt bei 0 EUR)

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 2.330 EUR um 2.330 EUR vermindert und damit auf 0 EUR festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 400.000 EUR um 600.000 EUR erhöht und damit auf 1.000.000 EUR festgesetzt.

Der Vorsitzende des Betriebsausschusses, **Herr Osterholt** teilt mit, dass der Betriebsausschuss in seiner Sitzung am gleichen Tage einstimmig beschlossen hat, dem Gemeinderat zum empfehlen, nachfolgenden Beschluss zu fassen:

Die in der bisherigen Haushaltssatzung vorgegebene Kreditlinie wird um 600 TEUR auf 1,0 Mio. EUR angehoben. Die Gründe hierfür wurden bereits in der Sitzungsvorlage ausgiebig dargestellt.

TOP 7.: Schulorganisation, sukzessive Auflösung der Roncalli-Hauptschule Südlohn

Sitzungsvorlage-Nr.: 86/2015

Zu Beginn der Sitzung hat die **CDU-Fraktion** einen Antrag zum Tagesordnungspunkt „Schulorganisation“ eingereicht, in dem die Verwaltung beauftragt werden soll, Sondierungsgespräche mit dem Träger der privaten Ersatzschule Gymnasium Mariengarden in Burlo zu führen. Ziel sollte die Errichtung eines Kooperations-schulmodells in privater Trägerschaft z.B. als Gesamtschule mit Beginn des Schuljahres 2017/2018 sein. Der Rat soll kontinuierlich über die Ergebnisse informiert werden und in die Entscheidungsfindung mit einbezogen werden.

Der **BM** teilt mit, dass bereits viele Gespräche mit den Schulträgern der Stadt Borken und der Stadt Stadtlohn geführt worden. Auch mit dem Schulleiter des Gymnasium Mariengarden wurden bereits Gespräche geführt. Ein weiteres Gespräch in Sachen möglicher Kooperation findet zudem demnächst mit der Stadt Velen statt.

Die Gespräche über die weitere Schulentwicklung am Standort seien aber von heute anstehenden Beschlüssen zur Situation der Hauptschule zu trennen.

Herr Stöttke, AL 10, weist ebenfalls darauf hin, dass es heute zunächst um die verträgliche Gestaltung des Auslaufens für die Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerschaft der Roncalli-Schule geht und der Antrag der CDU dementsprechend zweigeteilt gesehen werden muss.

Die **CDU-Fraktion** hebt hervor, dass sie mit Herzblut für die Schule gekämpft habe. Sie hat den Eindruck, dass sich die im Bereich der Schulentwicklung auch in den Nachbarorten seit dem Frühjahr ein starker Wandel feststellbar ist. Diese Dynamik hat insbesondere zur beabsichtigten Gründung einer gemeinsamen Gesamtschule Borken und Raesfeld geführt.

Mit Blick auf die Situation der Roncalli-Hauptschule ist ihr auch klar, dass es keine Alternative gebe, als der Beschlussempfehlung zu folgen.

Ihrer Auffassung nach baut die Bezirksregierung Münster hier ein „Drohszenario“ auf, besonders da nach dortiger Auffassung ohne Auflösungsbeschluss keine Dependancelösung mit der Losbergschule Stadtlohn möglich sei.

Der **CDU-Fraktion** sei besonders wichtig, dass in Südlohn eine weiterführende Schule bestehen bleibe und sie möchte keinen Versuch ungenutzt lassen. Aus diesem Grunde haben sie den Antrag gestellt und mit dem Rektor des Gymnasiums Mariengarden in Burlo Kontakt aufgenommen. Dieser Antrag wird als Interessensbekundung des Gymnasiums publik gemacht.

Herr Stöttke weist darauf hin, dass in der Vergangenheit mehrere Gespräche mit dem Schulleiter des Gymnasiums Mariengarden geführt wurden. Seitens der dortigen Schulleitung ist auf noch ausstehende Gespräche mit der Stadt Borken verwiesen worden. Eine Rückmeldung bei der Gemeindeverwaltung sollte spätestens nach der Borkener Bürgermeisterwahl erfolgen, ist aber bis zum Eingang des CDU-Antrages nicht erfolgt.

Zudem sei die Mittelung der Bezirksregierung nicht als Drohung aufzufassen. Er verweist auf die in der Sitzungsvorlage skizzierten Schritte, welche die Gemeinde als Schulträger vorzunehmen hat. Dies insbesondere hinsichtlich der weiteren schulentwicklungsplanerischen Überlegungen zur Hauptschule, die der Bezirksregierung dezidiert darzulegen wären, wenn die Schule nicht auslaufend gestellt wird. Im Übrigen würden sich diese Beschlussempfehlungen deckungsgleich an dem schriftlich geäußerten Eltern-, Kinder- und Kollegiumswillen orientieren und auch die Beratungslage der hiesigen Gremien hierzu widergeben.

Die Stadt Stadtlohn hat in ihrem Schreiben vom 07.10.2015 ebenfalls mitgeteilt, dass eine Beschlussfassung in den politischen Gremien der Stadt Stadtlohn nach Auflösungsbeschluss des Rates der Gemeinde Südlohn Anfang 2016 erfolgen kann.

Der **UWG-Fraktion** ist auch daran gelegen, die Roncalli-Schule zu erhalten, sie ist aber der Ansicht, dass ein Beschluss heute getroffen werden muss, auch wenn er nicht befriedigend sei.

Die **SPD-Fraktion** schließt sich der Meinung der UWG-Fraktion an. Man müsse sich der Realität stellen. Gleichzeitig soll der Roncalli-Schule aber weiterhin jedwede mögliche Unterstützung gewährt werden, um Schüler, Eltern und Kollegium in dieser schweren Phase beizustehen.

Der **BM** betont, dass alle gekämpft haben, die Schule zu halten.

Auf Nachfrage der **Grüne Fraktion**, was passiere, wenn die Dependance-Lösung nicht zum Tragen kommt, teilt der **BM** mit, dass eine Klarheit für das auslaufende System vorhanden sein muss. Daher sei die aufgezeichnete strukturierte Lösung, die letztendlich in eine Dependancelösung mündet, die sinnvollste Lösung. Das dies seitens der Stadt Stadtlohn sehr wohlwollend begleitet wird, sei aus deren beiliegenden Schreiben doch sehr gut ableitbar.

Die **Grüne Fraktion** erkundigt sich, ob eine Gefahr bezüglich der Dependance-Lösung mit Stadtlohn geben könne, wenn dem Antrag der **CDU-Fraktion** entsprochen würde. Dies wird seitens der Verwaltung nicht so gesehen, insbesondere da immer ein offener Umgang mit den benachbarten Schulträgern gepflegt worden ist und auch zurückliegend Kooperations- und Entwicklungswünsche der Gemeinde immer offen kommuniziert worden sind.

Ein weiterer Abstimmungstermin in dieser Sache zwischen den jeweiligen Schulleitungen, den Schulverwaltungen und der Schulrätin findet am 11.11.2015 in Stadtlohn statt.

(Anmerkung:

Die Stadt Stadtlohn ist per Mail vom 22.10.2015 bereits über die u.a. Beschlusslage informiert worden. Zudem wird ein Termin mit der Schulleitung Kloster Mariengarden und dessen Träger zurzeit vorbereitet. Der Termin mit der Stadt Velen erfolgt in der 45. KW.)

Beschluss:

Einstimmig

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der Stadt Stadtlohn ab dem Schuljahr 2017/2018 die Beschulung der Schülerinnen und Schüler der Roncalli-Hauptschule im Rahmen einer Dependance der

Losbergschule Stadtlohn sicherzustellen. Die abschließenden Regelungen hierzu sind im Zusammenwirken mit der Stadt Stadtlohn zu entwickeln und einer Beschlussfassung zuzuführen.

2. Mangels ausreichender Anmeldezahlen zum Schuljahr 2015/2016 wird die Roncalli Hauptschule Südlohn rückwirkend zum 01.08.2015 sukzessiv auslaufend gestellt.
Die Schule wird solange dies pädagogisch vertretbar ist, weitergeführt.
3. Die Gemeinde Südlohn startet eine neue Initiative zur Gründung und Sicherstellung einer weiterführenden Schule in privater Trägerschaft auf dem Gemeindegebiet. Die Verwaltung wird beauftragt, Sondierungsgespräche mit dem Träger der privaten Ersatzschule Gymnasium Mariengarden, Burlo, zu führen. Ziel sollte die Errichtung eines Kooperationsschulmodells in privater Trägerschaft z.B. als Gesamtschule mit Beginn des Schuljahres 2017/2018 sein. Der Rat ist kontinuierlich über die Ergebnisse zu informieren und in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.

TOP 8.: Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerber

Sitzungsvorlage-Nr.: 110/2015

Der **BM** erläutert die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass die Gemeinde Südlohn zurzeit 71 Asylbewerber hat. Durch die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte würden, wie in der Sitzungsvorlage erläutert, zusätzliche Verwaltungskosten entstehen. Zurzeit wird die Arbeit durch eine Vollzeitstelle im Kreis Borken für die 17 Kommunen übernommen.

Die **UWG-Fraktion** stimmt der in der Sitzungsvorlage angegebenen Beschlussempfehlung zu, dass die Gemeinde Südlohn der Rahmenvereinbarung zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerber nicht beitrifft.

Die **CDU-Fraktion** spricht sich auch gegen die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerber aus.

Die **Grüne Fraktion**, sie hatte bereits ursprünglich den Antrag auf Einführung der elektronischen Gesundheitskarte gestellt, fehlt bei dieser Überlegung die Menschlichkeit, ihrer Meinung nach würden die Kosten in den Vordergrund gestellt. Die Zahlen dürften nicht im Vordergrund stehen, sondern das Wohl der Asylbewerber.

Die **SPD-Fraktion** spricht sich für die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte aus und empfindet die Beschlussempfehlung unverschämt und diskriminierend. Unterstellungen und Leistungsmisbrauch würden so signalisiert.

Es besteht Einigkeit, die Entscheidung zu vertagen, bis mehr Erfahrungen gesammelt worden sind. Hierüber soll dann im 3. Quartal nächsten Jahres erneut beraten werden.

Beschluss:

Kenntnisnahme

Die Verwaltung erhält den Arbeitsauftrag, nach den Sommerferien 2016 erneut über die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerber zu beraten.

TOP 9.: Regenbecken III

Sitzungsvorlage-Nr.: 108/2015

Herr Vahlmann teilt mit, dass die wasserrechtliche Einleiterlaubnis beim Kreis beantragt und die Genehmigung erteilt wurde.

Herr Dipl.Ing. Himmel von der ISW Ingenieur Sozietät GmbH, Borken erläutert insbesondere die Kostensteigerung des Projektes.

Fragen seitens der Ratsmitglieder wurden von Herrn Himmel und der Verwaltung beantwortet.

Die **CDU-Fraktion** regt an, bei neuen Gewerbegebietsausweisungen alternativ eine dezentrale Niederschlagswasserrückhaltung auf den einzelnen Gewerbegrundstücken zu prüfen.

Auf Nachfrage der **Grüne Fraktion** teilt **Herr Wilmers** mit, dass Unternehmer und Privatleute gleiche Gebührensätze haben, die Genehmigungsbehörden würden darauf achten, dass nicht ungefiltert Dinge eingeleitet werden, die den Genehmigungsbestimmungen nicht entsprechen. Die Werte müssen eingehalten werden, ansonsten werden spezielle Verträge abgeschlossen.

Herr Vahlmann betont, dass die Abwasserqualität an der Kläranlage ständig geprüft wird.

Beschluss: **Einstimmig**

Der Rat stellt auf der Investiv-Buchungsstelle 53.03.01/6400.785210 weitere 345.000,- EUR überplanmäßig zur Verfügung.

Sie werden finanziert über eine Mittelumbuchung von der Buchungsstelle 53.03.01/6404.785210 (Erweiterung Nachklärbecken) in gleicher Höhe. Ebenfalls in dieser Höhe hebt der Rat hierfür auf dieser Buchungsstelle einen bestehenden Sperrvermerk auf.

TOP 10.: Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben)

Sitzungsvorlage-Nr.: 100/2015

Beschluss: **Einstimmig**

Der Gemeinderat beschließt die nachfolgende Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben)

Satzung zur 1. Änderung der
Satzung
über die Entsorgung des Inhaltes von
Grundstücksentwässerungsanlagen
(Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben)
vom 30.04.2014

Aufgrund

- des § 7 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. 1994, S. 666)
- der §§ 60, 61 des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I 2009, S. 2585 ff),
- der §§ 51 ff., 53 Abs. 1 e Satz 1 LWG NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.1995 (GV. NRW. 1995, S. 926), sowie
- der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVO Abw – GV NRW 2013, S. 602 ff. – hier bezeichnet als SüwVO Abw NRW 2013),

in der jeweils gültigen Fassung, beschließt der Rat der Gemeinde Südlohn folgende Satzung

Art 1:

In § 12 Abs. 1 wird die Zahl „46,10 €“ durch „59,50 €“ ersetzt.
Die Zahl „15,12 €“ wird durch die Zahl „16,17 €“ ersetzt.

Art 2:

§ 16 lautet:

Diese Satzung tritt am 01.01.2016 in Kraft.

TOP 11.: Investitionsprogramm für die Förderung von Sanierungsmaßnahmen kommunaler Einrichtungen für Sport, Jugend und Kultur

Sitzungsvorlage-Nr.: 117/2015

Herr Vahlmann erläutert die Fördermöglichkeiten, wie in der Sitzungsvorlage beschrieben. Der Antrag müsste kurzfristig (13.11.2015) gestellt und begründet werden.

Die **CDU-Fraktion** kann dem Antrag nicht folgen. Zudem sei das Thema Kunstrasenplatz für sie erledigt.

Die Grüne Fraktion schließt sich der CDU-Fraktion an.

Die **SPD-Fraktion** ist gegen eine Antragstellung und lehnt die Beschlussempfehlung ab, da Begehrlichkeiten hierdurch geweckt würden.

Der **BM** schlägt vor, den Antrag nur für die Roncalli-Turnhalle zu stellen. Es würden durch die Antragstellung keine Kosten entstehen.

Herr Wilmers teilt mit und regt an, den Antrag zu stellen. Die Finanzierung der Turnhalle steht bereits im Finanzplan. Ein Antrag könne gestellt werden; wenn eine Förderung bewilligt würde, könne der Rat immer noch entscheiden.

Die **UWG-Fraktion** ist für einen Antrag, allerdings solle der Tennenplatz saniert werden, ohne Kunstrasen.

Die Fraktionen sind sich einig, dass der Antrag nur für die Sanierung der Roncalli Turnhalle gestellt werden solle.

Beschluss: Einstimmig

Der Rat der Gemeinde Südlohn beschließt folgende Projekte zum Programm des Bundes „Sanierung kommunaler Einrichtungen für Sport, Jugend und Kultur“ anzumelden:

- Energetische Sanierung Turnhalle Roncalli-Hauptschule

Das Investitionsvolumen beläuft sich auf insgesamt ca. 1,0 Mio. Euro. Der gemeindliche Anteil in Höhe von 55 % wird im Haushalt 2016 planmäßig zur Verfügung gestellt, sofern Mittel aus diesem Programm bewilligt werden.

TOP 12.: Antrag des SOMIT e.V. vom 04.09.2015 auf Mitfinanzierung der Gewerbeschau "Südlohn zeigt´s" 2016

Sitzungsvorlage-Nr.: 111/2015

Die **SPD-Fraktion** fragt nach, ob die Sanierung der Bahnhofstraße zeitgleich mit der Gewerbeschau durchgeführt wird.

Die Verwaltung bestätigt, dass die Bauarbeiten zeitgleich stattfinden. Die Verwaltung stimmt sich mit dem Gewerbeverein ab.

Die **CDU-Fraktion** stimmt dem Antrag zu. Die Gewerbeschau sei für die Gemeinde Südlohn eine wichtige Plattform. Zudem seien neue Aktivitäten geplant.

Die **UWG-Fraktion** stimmt dem Antrag ebenfalls zu. Die Fraktion betont, dass die letzte Gewerbeschau hervorragend durchgeführt wurde.

Die **SPD-Fraktion** unterstützt den Antrag, auch im Hinblick auf die letzte Gewerbeschau in Oeding. Besonders betont die Fraktion die Ausbildungsplatz-Werbung.

Beschluss: **21 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Für die geplante Gewerbeschau „Südlohn zeigt´s“ 2016 im Ortsteil Südlohn am 10. April 2016 wird eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 1/3 der Fixkosten, max. 7.500,00 €, gewährt. Im Haushaltsplan 2016 ist dieser Betrag einzuplanen.

TOP 13.: Anregung nach § 24 GO NRW zur Ehrenbürgerschaft
Sitzungsvorlage-Nr.: 118/2015

Die **SPD-Fraktion** merkt an, dass aus ihrer Sicht der Antrag nicht nur unzulässig, sondern auch unzumutbar sei.

Beschluss: **Einstimmig**

Der Rat der Gemeinde Südlohn weist die Anregung des Landesvorsitzenden der Republikaner NRW, Herrn Victor Orbán zum Ehrenbürger der Gemeinde Südlohn zu ernennen, als unzulässig zurück.

TOP 14.: Mitteilungen und Anfragen

14.1.: Notunterkunft Asylsuchende

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Der **BM** teilt mit, dass in der Jakobi-Halle als Notunterkunft nach der Registrierung ein neuer Wechsel in der letzten Woche stattgefunden hat, zurzeit sind es Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Iran, Sudan, Pakistan und Marokko. Die Organisation und die Hilfsbereitschaft in der Gemeinde sind sehr gut. Er dankt allen Ehrenamtlichen, auch denjenigen, die sich für das Team Westfalen einsetzen und eingesetzt haben und ist stolz, dass die Bevölkerung positiv agiert. Hierfür bedankt der **BM** sich. Zahlungen seitens des Landes wurden noch nicht geleistet. Für die Zeit nach Schließung der Notunterkunft muss für die dann zugewiesenen Asylbewerber noch nach Immobilien geschaut werden.

Beschluss: **-/-**

14.2.: Pflegebedarfsplanung für den Kreis Borken

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Der **BM** teilt mit, dass ein Entwurf der Pflegebedarfsplanung für den Kreis Borken erstellt worden ist Südlohn ist danach in den Sozialraum Stadtlohn, Südlohn, Gescher und Velen aufgenommen worden.

Beschluss: **-/-**

14.3.: Urteil des OVG in Sachen Schleif ./.. Gemeinde Südlohn

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Der **BM** teilt mit, dass das Oberverwaltungsgericht für das Land NRW die Berufung und die Anschlussberufung in Sachen Josef Schleif ./.. Gemeinde Südlohn zurückgewiesen hat. Er liest Auszüge aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes NRW vom 15.09.2015 vor. Durch das Urteil wurde ein Treuepflichtverstoß des Herrn RM Schleif festgestellt und dies durfte auch durch den Rat feststellend beschlossen werden. Allerdings hätte der weitere Beschlussteil, der aus Sicht des Gerichts Sanktionscharakter hatte, durch den Rat so nicht gefasst werden dürfen.

Beschluss: -/-

14.4.: Kommunalinvestitionsförderungsgesetz

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Die Verwaltung teilt mit, dass die Gemeinde durch das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz 41.700,00 € erhält. Projekte werden mit 90 % gefördert, 10 % muss die Gemeinde zahlen.

Beschluss: -/-

14.5.: Wohnraum für Asylanten

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

(RM Herr Osterholt ist während der Beratung nicht im Sitzungssaal anwesend.)

RM Frau Seidensticker-Beining fragt nach einer Aufstellung über die Wohnungen, in denen die Asylanten untergebracht sind.

Die Verwaltung möchte eine Liste nicht herausgeben. Zurzeit werden noch mit 3 bis 4 Hauseigentümern Verhandlungen geführt, da im Jahr 2016 jedenfalls ca. 50 - 80 neue Flüchtlinge aufgenommen werden müssen.

Ob Häuser angekauft oder angemietet werden, steht noch nicht fest.

Beschluss: -/-

14.6.: Forderungskatalog Städte- und Gemeindebund

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

RM Herr Schlechter erkundigt sich, ob der BM das Schreiben des Städte- und Gemeindebundes, an die Bundeskanzlerin gerichtet, mit unterzeichnet hat. In diesem Schreiben geht es darum, die in dem am 19.10.2015 vom Präsidium des Städte- und Gemeindebundes NRW beschlossenen Forderungskatalog aufgelisteten Maßnahmen NRW umzusetzen. Die Städte- und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen sind am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angekommen bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Deshalb sind über die in dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz beschlossenen Maßnahmen noch weitere Schritte erforderlich.

Der **BM** hat das Schreiben aufgrund seiner Abwesenheit in dieser Zeit nicht unterschrieben. Allerdings wurde von allen Kommunen des Kreises Borken gezeichnete, gesonderte Resolution an die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidentin des Landes NRW übersandt.

Beschluss: -/-

Christian Vedder
Bürgermeister

Eva Mensing
Schriftführerin